

## Landesverbandstag 2018 in Pinneberg

### Mietervereine fordern Grundrecht auf bezahlbaren Wohnraum

**Pinneberg** - Am 10. März 2018 fand in Pinneberg der Landesverbandstag der schleswig-holsteinischen Mietervereine mit circa 140 Teilnehmern statt. Unsere Organisation konnte zahlreiche Gäste aus der Politik, der Verwaltung und Verbänden begrüßen. Der Landesvorsitzende des Mieterbundes Schleswig-Holstein, Jochen Kiersch, beklagte bei der Eröffnung in seinem Grußwort: „Die Wohnungsprobleme sind hausgemacht: Sie resultieren weitgehend aus dem Verkauf kommunaler Wohnungsbaugesellschaften an renditeorientierte Finanzinvestoren, der gewollten Reduzierung des Sozialwohnungsbestandes und der viel zu geringen Neubautätigkeit!“

Richtig ist: Nach wie vor leben in Schleswig-Holstein etwa 350.000 Menschen, die auf öffentliche Zuwendungen wie Grundsicherung, Hilfe zum Lebensunterhalt oder Wohngeld angewiesen sind. Hinzu kommen 10.000 Obdachlose. Schleswig-Holstein hat jedoch lediglich 47.000 öffentlich geförderte Wohnungen.

Im Anschluss an das Grußwort des Landesvorsitzenden bestätigte die Pinneberger Bürgermeisterin Urte Steinberg, dass in ihrer Stadt keine ausreichenden bezahlbaren Wohnungen vorhanden seien. Eine örtliche Wohnungsbaugesellschaft habe eine Wartedauer von zwei Jahren für Wohnungssuchende.

In seiner anschließenden Rede zur aktuellen Wohnungspolitik in Schleswig-Holstein erklärte Ministerpräsident Daniel Günther, dass man hinsichtlich der Volksinitiative für ein Grundrecht auf bezahlbaren Wohnraum unterschiedlicher Auffassung sein könne. Die Initiative mache aber unstrittig Druck auf die Politik. Er wiederholte, dass



**Carsten Wendt, Geschäftsführer, Lukas Siebenkotten, DMB-Bundesdirektor, Dr. Franz-Georg Rips, DMB-Präsident, und Daniel Günther, Ministerpräsident Schleswig-Holstein (v. l.)**



**Jutta Kühl, SoVD, Jochem Schlotmann, VZ, Torsten Wendt, Landrat Pinneberg, Lutz Clefsen, Kreispräsident Rendsburg-Eckernförde, Burkhard E. Tiemann, Kreispräsident Pinneberg, Urte Steinberg, Bürgermeisterin Pinneberg, Kirsten Eickhoff-Weber, Vizepräsidentin Land Schleswig-Holstein, und Daniel Günther, Ministerpräsident Schleswig-Holstein**



**Thomas Hölck, MdL SPD, Kirsten Eickhoff-Weber, Dr. Franz-Georg Rips, DMB-Präsident, Özlem Ünsal, MdL SPD, und Ernst Dieter Rossmann, MdB SPD (v. l.)**



**Jochen Kiersch, 1. Vorsitzender DMB Schleswig-Holstein, Heidrun Clausen, Schriftführerin DMB Schleswig-Holstein, Lukas Siebenkotten, DMB-Bundesdirektor, Daniel Günther, Ministerpräsident Schleswig-Holstein, und Dr. Franz-Georg Rips, DMB-Präsident (v. l.)**

es nach Auffassung der Regierungskoalition gegebenenfalls andere Instrumente als die Kap-

plungsgrenze und die Mietpreisbremse gebe, um ständig steigenden Mietpreiserhöhungen

und fehlenden bezahlbaren Wohnungen für niedrige oder durchschnittliche Einkommen zu begegnen. Er hob die Anstrengungen des Landes Schleswig-Holstein hervor, die Akzeptanz preis- und belegungsgebundener Wohnungen bei der Wohnungswirtschaft zu erhöhen und die Neubautätigkeit auch von öffentlich geförderten Wohnungen nach vorne zu bringen.

Mieterbund-Präsident Dr. Franz-Georg Rips, mit dem auch Bundesdirektor Lukas Siebenkotten und die DMB-Landesvorsitzenden aus Hamburg und Niedersachsen teilnahmen, kritisierte in seiner Rede „Bezahlbarer Wohnraum für alle – Forderungen zur Wohnungs- und Mietpolitik“ den „Raubtier-Kapitalismus“ der Finanzinvestoren in der Wohnungswirtschaft. Der Druck, der von Unternehmen auf die Mieter durch Mieterhöhungen aufgebaut werde, widerspreche deren Bedürfnis nach gewünschter Ruhe, Individualität und dem Stück Heimat in ihrer Wohnung. Er knüpfte Erwartungen an den Koalitionsvertrag, nach dem eine weitere Förderung durch den Bund in Höhe von 1,5 Millionen Euro angekündigt wurde. Er knüpfte allerdings auch die Erwartung daran, dass die Länder die Fortführung der Bundesförderung von Wohnungen dadurch unterstützen, dass diese nicht gleichzeitig ihre eigene Förderung vermindern.

Am Nachmittag haben die Delegierten des Landesverbandstages neben den Vorstandswahlen zahlreiche wohnungspolitische Forderungen verabschiedet (siehe [www.mieterbund-schleswig-holstein.de](http://www.mieterbund-schleswig-holstein.de)). Sie forderten, ein Grundrecht auf bezahlbares Wohnen in die Landesverfassung aufzunehmen. ■